

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF März 2019



Frühlingsbeginn auf unserem Mitgliedsbetrieb Hintze in Krielow (Landkreis Potsdam-Mittelmark)

Wir sind freie Bauern und stolz darauf / Mitgliederversammlung im Schwanenkrug / Europäische Agrarpolitik muss Agrarstrukturpolitik werden / Bauernbund wünscht sich mehr Verständnis für ostdeutsche Strukturen / Gewässerbelastungen – die Landwirtschaft ist nicht immer schuld / Feinstaub: Schuldzuweisungen an Landwirtschaft sind absurd / Bauernbund fordert von Klöckner Konsequenz bei Düngeverordnung / Bienen-Volksbegehren verbreitet "Horrorszenarien im Heidiland" / Ralf Ehrenberg: Warum wir unsere Risiken besser selber managen / Immer mehr "wolfsfreie Zonen" in Brandenburg / Schulzes Vorschlag zum Wolf ist Täuschungsmanöver / Bauernbund will privaten Naturschutz ohne Bevormundung

Bauernbund Brandenburg e. V.

Interessenvertretung
der bäuerlichen Familienbetriebe
im Land Brandenburg
www.bauernbund-brandenburg.de

Präsident:

- Marco Hintze, 14550 Krielow

Vorstand:

- Thomas Kiesel, 16845 Barsikow
- Ulf Simon, 16845 Michaelisbruch
- Jens Gerloff, 16866 Ganz
- Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Zollchow
- Manfred Wercham, 15324 Wilhelmsaue
- Lutz Wercham, 15324 Wilhelmsaue
- Dirk Schulze, 15320 Altbarnim
- Carlo Horn, 15537 Kagel
- Frank Michelchen, 15910 Leibsch
- Christoph Schilka, 03096 Guhrow
- Marcus Schilka, 03096 Guhrow
- Max Kirsten, 04916 Polzen
- Reinhard Benke, 14806 Mörz

Geschäftsführer:

Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de

Wir sind FREIE BAUERN und stolz darauf!



Liebe Berufskollegen,

jeden Frühling aufs Neue gehen wir auf unseren Betrieben mit Optimismus ans Werk und hoffen, dass wir dieses Jahr eine gute Ernte einbringen werden und sie zu guten Konditionen vermarkten können. Der Blick auf die letzte Ernte wird nicht fröhlich stimmen und der Blick auf die vielen gesellschaftlichen Anfeindungen, die unser Berufsstand derzeit aushalten muss, auch nicht. Trotzdem sind wir einfach so – auf unseren Betrieben wie in der Berufsvertretung – dass wir uns immer wieder aufraffen, weitermachen, weiterkämpfen. Die Mitgliederversammlung am 18. Februar mit den Kandidaten zur Europawahl war auch nur der

Auftakt zu einer ganzen Reihe von politischen Kontakten, vielfach auf Bundesebene, die wir dieses Frühjahr wahrnehmen werden, um unsere Vorstellungen zu den Themen Europäische Agrarpolitik, Witterungshilfen, Milchlieferverträge, Düngeverordnung, Insektensterben und Wölfe darzulegen.

Grund zu Optimismus und ein bisschen auch Grund für Stolz ist die Tatsache, dass der Bauernbund Brandenburg seit einiger Zeit einen kleinen, aber schnell wachsenden "Fanclub" über seine Landesgrenzen hinaus hat. Ausgehend von einer privaten Initiative unseres Geschäftsführers Reinhard Jung und unseres Freundes Alfons Wolff haben sich unter der Adresse www.freiebauern.de – bisher ohne jede Öffentlichkeit, nur im Schneeballsystem – mehr als 300 Bauern aus allen Teilen Deutschlands zusammengefunden, die sich zu unseren Überzeugungen bekennen und die unsere Informationen beziehen. Unter anderem kommen auf der Seite Berufskollegen aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu Wort. Ganz neu ist ein Beitrag von Ralf Ehrenberg aus Hessen zum Thema Risikomanagement, den wir diesmal auch in unserem Rundbrief veröffentlichen, siehe Seite 10. Ganz offensichtlich ist die ausschließlich an den Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerichtete Arbeit unseres Bauernbundes Brandenburg eine interessante Alternative angesichts der agrarpolitischen Leere, die der kraftlose, mit Parteien und Industrie verbandelte Deutsche Bauernverband hinterlässt.

"Wir sind freie Bauern und stolz darauf" – mit diesen Worten macht die Seite auf und stellt selbstbewusst die ökonomische und ökologische Überlegenheit unserer bäuerlichen Familienbetriebe dar. Das ist eine klare Ansage an all die Theoretiker, die uns ihre Vision von der Landwirtschaft der Zukunft verkaufen wollen. Wir sollen moderner, intensiver, digitaler und globaler werden, ist in Hochglanzbroschüren zu lesen. Wir sollen nachhaltiger, tierethischer, insektenfreundlicher und klimagerechter werden, steht auf Protestplakaten. Lasst uns bitte endlich in Ruhe, antworten wir darauf, und wie die Landwirtschaft der Zukunft aussieht, entscheiden wir auf unseren Betrieben lieber selbst. Das ist der Kerngedanke hinter "Freie Bauern": Dass wir als selbständige Unternehmer unabhängig von Banken und Bürokraten unsere Betriebe führen, dass wir auf fruchtbaren Böden und mit gesundem Vieh wirtschaften, dass wir Geld verdienen und die Arbeit schaffen und Freunde daran haben. Und dazu passt eine Berufsvertretung, die ebenfalls unabhängig von allen anderen politischen und wirtschaftlichen Interessen nur uns Bauern vertritt, so wie wir das in Brandenburg seit Jahren machen. Schaut mal rein bei www.freiebauern.de, es wird Euch gefallen.

Ich wünsche uns allen, dass die Saat unserer Arbeit aufgeht und dass wir uns in diesem Jahr zur Abwechslung mal wieder über eine reiche Ernte freuen können!

Euer Marco Hintze

Mitgliederversammlung im Schwanenkrug: Diskussion über Europäische Agrarpolitik und Vortrag über Gewässerbelastungen

Wir waren schonmal besser besucht auf unserer Mitgliederversammlung. Nachdem vor einem Jahr anlässlich unseres 25jährigen Jubiläums die gesamte Politprominenz Brandenburgs aufgelaufen war, sprachen auf der diesjährigen Versammlung am 18. Februar die brandenburgischen Kandidaten der Parteien zur Europawahl vor etwa 110 Teilnehmern. Christian Ehler (CDU), Simon Vaut (SPD)



und Hannah Neumann (Grüne) sowie Hans-Peter Goetz (FDP) – Linke und AfD hatten sich kurzfristig entschuldigt – stellten ihre Gedanken zur Weiterentwicklung der Europäischen Agrarpolitik nach 2020 vor und stellten sich den kritischen Fragen aus dem Publikum. Während Vaut zu erkennen gab, dass er selber noch dabei ist, sich eine Meinung zu bilden und mit großem Interesse unser Konzept (gegenüberliegende Seite) reflektierte, kam bei dem altgedienten Europa-Parlamentarier Ehler zum Ausdruck, dass er die Vorschläge der Kommission zur Kappung unterstütze und diesmal gute Chancen für eine Umsetzung sehe. Neumann plädierte erwartungsgemäß für eine Verlagerung von Mitteln in die zweite Säule, zeigte sich aber auch gesprächsbereit. Journalisten von dpa, RBB-Fernsehen und der Wochenzeitung DIE ZEIT verfolgten die engagierte Diskussion.



Großen Beifall für seine Verdienste um den Bauernbund erhielt Lutz-Uwe Kahn aus Kleeßen (Foto links mit Tochter und Hofnachfolgerin Andrea), der nach acht Jahren aus gesundheitlichen Gründen sein Vorstandsamt aufgab. Präsident Marco Hintze erinnerte daran, dass Lutz-Uwe maßgeblich daran beteiligt war, als sich 2011 der Verband der Nebenerwerbslandwirte dem Bauernbund anschloss, und dass er als Unterhändler des Bauernbundes in der Arbeitsgruppe Wolfsmanagementplan keine faulen Kompromisse einging, sondern nach langen vergeblichen Versuchen das Gremium unter Protest verließ mit der Forderung, Wölfe in Brandenburg zu schießen: "Deine Befürchtungen haben sich bewahrheitet, aber seitdem führt der Bauernbund den

Widerstand gegen die Ausbreitung der Wölfe an, der immer stärker geworden ist, und wir werden nicht nachlassen, bis wir diesen Schrecken beendet haben." Die Mitgliederversammlung wählte im Anschluss einstimmig Frank Michelchen aus Leibsch, Dirk Schulze aus Altbarnim und Ulf Simon aus Michaelisbruch in den Vorstand, so dass dieser jetzt aus insgesamt 14 Berufskollegen besteht.

Nach gutem Mittagessen und abgearbeiteter Tagesordnung einen Saal von Frühaufstehern wieder in Schwung zu bringen, ist schon eine Herausforderung, aber keine fünf Minuten, nachdem Tobias Licha mit seinem Vortrag begonnen hatte, waren alle hellwach. Was der Göttinger Geowissenschaftler in lebendiger Sprache, mit anschaulichen Beispielen und einer schier unerschöpflichen Fülle an Zahlen, Daten und Fakten über Gewässerbelastungen berichtete, war hochbrisant und hochaktuell. Auszüge aus seinen Ausführungen darüber, warum Zweifel an den pauschalen Schuldzuweisungen zulasten der Landwirtschaft berechtigt sind und wie eine wissenschaftlich korrekte Ursachenermittlung funktioniert, haben wir deshalb auf der folgenden Doppelseite wiedergegeben und werden mit Licha auch bei unserer Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung für eine verschärfte Düngerverordnung zusammenarbeiten.

Bauernbund: Europäische Agrarpolitik muss Agrarstrukturpolitik werden

Pressemitteilung vom 3. Januar 2019

Angesichts der 2019 bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament hat der Bauernbund Brandenburg die Parteien dazu aufgefordert, sich eindeutig zum bäuerlichen Familienbetrieb als der ökonomisch und ökologisch leistungsfähigsten Agrarstruktur zu bekennen. "Wir brauchen eine Kappung der Agrarsubventionen und deren Beschränkung auf ortsansässige Landwirte", sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze, der in Krielow im Havelland auf 560 Hektar Ackerbau und Rindermast betreibt: "Es ist ein Skandal, dass die riesigen Agrarkonzerne überregionaler Investoren nach wie vor mit Steuergeldern bis zum letzten Hektar durchsubventioniert werden."

Seit zwanzig Jahren gelinge es den Lobbyisten der Großbetriebe immer wieder, vernünftige strukturelle Ansätze in der Europäischen Agrarpolitik so lange zu zerreden, bis nichts mehr übrig bleibt, bedauert Hintze. Es sei schon fast zum Ritual geworden, dass Konservative und Liberale sich zu keiner klaren Position durchringen können und dass Sozialisten und Grüne mit der Forderung nach Kappung starten, um sich am Ende mit irgendwelchen unsinnigen Umweltauflagen zufrieden zu geben, so der 47jährige Landwirt: "Dabei würde für die Umwelt viel mehr erreicht, wenn wir bäuerliche Familienbetriebe stärken, die mit Blick auf die nächste Generation ohnehin nachhaltig wirtschaften."

Weil auf europäischer Ebene wesentliche agrarpolitische Weichenstellungen stattfinden, wird der Bauernbund alle brandenburgischen Kandidaten zur Europawahl mit den Forderungen des Berufsstandes konfrontieren. Hintze: "Bäuerliche Landwirtschaft heißt, dass die Höfe von ihren Eigentümern bewirtschaftet werden. Daraus folgen Privatinitiative und persönliche Verantwortung." Dieses in Europa überaus erfolgreiche Modell gelte es zu verteidigen gegen eine anonyme Großlandwirtschaft mit fernen Geldgebern, gleichgültigen Managern und billigen Fremdarbeitskräften.

Bauernbund wünscht sich von SPD mehr Verständnis für ostdeutsche Strukturen

Pressemitteilung vom 29. Januar 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat die Absage des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch an eine Kappung der Agrarsubventionen als "bedauerliches Missverständnis" bezeichnet. In dem richtigen Bestreben, Rücksicht auf ostdeutsche Strukturen und Befindlichkeiten zu nehmen, würden damit ausgerechnet diejenigen Betriebe finanziell ausgepolstert, die derzeit in großer Zahl an auswärtige Geldanleger verkauft werden, sagte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land: "Mehr als zwanzig Prozent der Fläche in den neuen Bundesländern sind bereits in der Hand solcher Spekulanten, die ihren Sitz vielfach in Westdeutschland oder Holland haben. Wenn die SPD diese Strukturen stützen will, tut sie nichts für die Ostdeutschen und schon gar nichts für die arbeitenden Menschen auf dem Land."

Kiesel wiederholte die Forderung des Bauernbundes nach einer konstruktiven Weiterentwicklung der von der EU-Kommission vorgebrachten Kappungsvorschläge. "Indem wir eine Klausel einbauen, dass die Betriebe sich teilen können, wenn die Antragsteller ortsansässig und nicht an weiteren Betrieben beteiligt sind, lässt sich die Kappung der Agrarsubventionen zu einem wirksamen Instrument gegen den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft ausgestalten", ist der 48jährige Landwirt überzeugt. Während etwa die SPD-Forderung nach mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz sehr abstrakt sei, sieht der Bauernbund in einer gerechteren Verteilung der Agrarsubventionen einen höchst realen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

Die Landwirtschaft ist nicht immer schuld: Wie moderne Methoden der Umweltforensik ein realistisches Bild der Wasserqualität zeigen

Auszüge aus dem Vortrag von Prof. Tobias Licha beim Bauernbund am 18. Februar 2019



Im Trinkwasser sind zu viel Nitrat sowie Pflanzenschutzmittel, und Bakterien finden sich zuhauf in Flüssen und Seen – mit diesen Meldungen werden Bauern immer wieder in die Ecke des Umweltverschmutzers gestellt. Aber stimmt das denn auch? Und vor allem: Kommen die nachgewiesenen Nitrat- und Pflanzenschutzmittelfrachten wirklich alle aus der Landwirtschaft? Wenn wir mitten in Berlin Pflanzenschutzmittel im Wasser finden oder in manchen Seen Bakterien, wo keine Tierhaltung ist, kommen Zweifel auf. Die gute Nachricht: Man kann fast immer nachweisen, woher die Belastungen stammen. Die schlechte Nachricht: Kaum jemand führt diese aufwändigen Untersuchungen durch, sodass es meistens beim Anfangsverdacht Landwirtschaft bleibt.

Begleitstoffe verraten, woher eine Gewässerbelastung stammt. Die große Vielfalt an möglichen organischen Verbindungen im Wasserkreislauf (geschätzt derzeit etwa 100.000 Verbindungen) macht eine tatsächliche Wasserqualitätsbewertung schwierig bis nahezu unmöglich. Selbst mit sehr hohem Aufwand und verbunden mit sehr hohen Kosten lassen sich gerade mal 8 % aller möglichen Stoffe nachweisen. Solche Untersuchungen sind jedoch rein akademischer Natur und kommerziell derzeit nicht verfügbar. Die moderne Umweltanalytik erlaubt es jedoch, ausgewählte Stoffe im Bereich von wenigen Nanogramm je Liter sicher nachzuweisen. Damit eröffnet sich ein neues Forschungsfeld: die Umweltforensik. Arzneimittel, Stoffe aus kosmetischen Produkten, aber auch Pestizide lassen Rückschlüsse darauf zu, woher eine Belastung stammt. Wir bezeichnen diese organischen Verbindungen als Indikatorsubstanzen. Um einen guten Überblick über die Wasserqualität und die möglichen Einflussfaktoren zu bekommen, müssen diese Indikatoren stellvertretend für die wichtigsten Eintragsquellen sein.

Wird in einem Wasserkörper beispielsweise der Süßstoff Acesulfam nachgewiesen, kommt dieser auf jeden Fall nicht aus der Landwirtschaft, sondern in der Regel aus häuslichen Abwässern. Er ist also ein Indikator für Siedlungsabwässer als Quelle der Verunreinigung. Die Anwesenheit leicht abbaubarer Stoffe wie Koffein oder Paracetamol lässt darüber hinaus sogar den Nachweis von relativ frischem (< 1 Woche) unbehandelten Abwasser als Kontaminationsquelle zu. Röntgenkontrastmittel etwa verwenden lediglich darauf spezialisierte Krankenhäuser und Arztpraxen. Herbizide können als Indikatoren nicht nur für eine landwirtschaftliche Eintragsquelle herangezogen werden, sondern lassen sogar Rückschlüsse auf spezielle Flächennutzung zu. Darüber hinaus werden Substanzen wie Antibiotika, Antiallergika und einige Herbizide nicht kontinuierlich angewendet und tragen somit zusätzlich zu ihrer örtlichen Information auch eine zeitliche Information. Das Auftreten dieser Spurenstoffe kann man somit nutzen, um die Herkunft der Wasserqualitätsbeeinträchtigung sicher nachzuweisen.

Woher kommt das Nitrat? Ein interessantes Anwendungsfeld für die Umweltforensik ist auch die Herkunftsbestimmung von Nährstoffen wie Nitrat und Phosphat in Gewässern und im Grundwasser. Neben deren Herkunft aus Düngemitteln sind auch (Klein-)Kläranlagen, Abwasserleckagen, Rückhaltebecken sowie andere Quellen möglich, aber bisher wenig untersucht. Häusliche Abwässer sind im Gegensatz zu Düngemitteln mit einer Reihe von organischen Spurenstoffen wie Koffein, Arzneimitteln und weiteren assoziiert. Neben ihrer Rolle für die Nitratbelastung können sie – wenn zusätzlich mit Pathogenen belastet – ein Gesundheitsrisiko darstellen. Sind Mineraldünger die Quelle des Nitrats, so sind diese hauptsächlich mit Abbauprodukten von Pflanzenschutzmitteln assoziiert. Um den Anteil des aus Gülle stammenden Nitrats zu bilanzieren, könnten sich Antibiotika aus der Tierarzneigruppe der Sulfonamide eignen. Mit Hilfe einer Massenbilanz über diese Indikatoren kann man die einzelnen Ursachen gewichten und gegebenenfalls einer pauschalen Verurteilung der Landwirtschaft nachprüfbar Fakten entgegensetzen. Gerade in hydrogeologisch sehr schwierig einzuschätzenden Einzugsgebieten wie Karst- und Kluftgrundwasserleitern in Süddeutschland ist diese Methode Erfolg versprechend.

Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln geben nicht nur Auskunft, woher eine Gewässerbelastung kommt. Vielmehr kann man aus ihnen oft auch ableiten, wie lange es dauert, bis das Nitrat aus dem Boden ins Grundwasser eingetragen wird. Und das entscheidet darüber, wie lange es dauert, bis Maßnahmen der Nitratminde-

rung zu sinkenden Werten im Grundwasser führen. Auch hier eignet sich die Bestimmung des Pestizidspektrums bzw. der Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln. Da sich die Zulassungen und Wirkstoffkombinationen ständig ändern, kann man aus deren Vorkommen im Grundwasser schließen, wie lange das Wasser und damit auch das Nitrat braucht, um im Grundwasserleiter anzukommen.

Dass diese Untersuchungen recht genau sind, zeigt folgendes Beispiel: Im Einzugsgebiet einer Karstquelle in der Schwäbischen Alb haben wir das Grundwasser untersucht. Etwa 3 % des Einzugsgebiets sind Wohngebiete, 55 % Wald, 27 % Grünland und 15 % Acker. Im Einzugsgebiet steht außerdem eine Anlage für rund 40 000 Legehennen. Atrazin und dessen Abbauprodukt Desethylatrazin konnten in mehr als 99 % der Proben an dieser Karstquelle nachgewiesen werden – obwohl Atrazin in Deutschland bereits seit mehr als 20 Jahren verboten ist. Die Konzentrationen waren relativ konstant. Das gleichmäßige Auftreten von Atrazin und Desethylatrazin weist auf die teilweise sehr langen Aufenthaltszeiten innerhalb des Grundwassersystems hin.

Daher haben wir für die zwei Herbizide Atrazin und Metazachlor die Konzentrationsschwankungen für die Jahresprobenahme an dieser Karstquelle genauer ausgewertet. Hierbei zeigte sich, dass Metazachlor, das als abbaubar gilt, nur nach Grundwasserneubildungsereignissen im Quellwasser nachweisbar war. Darüber hinaus wurde Metazachlor nur zu Zeiten gefunden, in denen von einer vorherigen Anwendung im Einzugsgebiet ausgegangen werden kann. Aus der zeitlichen Lage des Metazachlor-Auftretens relativ zum Regenereignis konnten wir einen Bereich im Einzugsgebiet lokalisieren, aus dem das Metazachlor stammen musste. Die Rücksprache mit den dort ansässigen Landwirten bestätigte den Einsatz in dem vermuteten Bereich wenige Tage vor dem Regenereignis. Auf diese Art und Weise ließen sich die Eintragungsquellen ermitteln, was im vorliegenden Fall aber folgenlos blieb: Die maximale Metazachlorkonzentration im Quellwasser lag unterhalb der kritischen Grenze von 100 ng/l, der Einsatz in dem betreffenden Gebiet und in der ausgebrachten Menge galt damit als unproblematisch.

Weiterhin haben wir für diese Karstquelle immer wieder auftretende Verschmutzungen mit E-Koli-Bakterien untersucht. Für diese wurde in öffentlichen Diskussionen natürlich der Legehennenbetrieb verantwortlich gemacht. Tatsächlich konnten wir über Markierungsversuche (Eintrag gefärbten Wassers) nachweisen, dass das Oberflächenwasser sehr schnell in die Quelle gelangt und damit durchaus die Möglichkeit bestand, dass der Hühnerhof das Quellwasser verschmutzt. Durch die Analyse von Indikatorsubstanzen konnten wir allerdings ausschließen, dass die Belastung von den Tieren kam. Denn in zwei Dritteln aller Proben fanden wir Koffein. Es stellte sich heraus, dass die häuslichen Abwässer in der schwach besiedelten Region zusammen mit dem Regenwasser über eine Mischkanalisation den kommunalen Klärwerken zugeführt wurden und dass bei Starkregenereignissen das vorhandene Regenrückhaltebecken nicht ausreichte und überlief, so dass auch regelmäßig ungeklärtes Abwasser austreten konnte. Nachdem wir sogar noch den zeitlichen Zusammenhang zwischen Starkregenereignissen und Anstieg der Indikatorsubstanzen sicher belegen konnten, wurden Rückhaltebecken und Kanalisation saniert und damit das Problem gelöst.

Atrazin wird noch 400 Jahre nachweisbar bleiben. Das Herbizid kann in geringen Konzentrationen fast überall identifiziert werden – auch in unserer Karstquelle. Aus der Korrelation mit der elektrischen Leitfähigkeit lässt sich schließen, dass es nur langsam ins Grundwasser abgegeben wird. Und anhand der Verdünnung der Calcium-Konzentration und der elektrischen Leitfähigkeit konnten wir ermitteln, wie groß der Anteil schnell versickernden Regenwassers im Quellwasser ist. Aus dieser Menge haben wir die Fläche, über die Atrazin eingetragen wurde, auf 11 % des Einzugsgebietes abgeschätzt. Diese Abschätzung stimmt in etwa mit der ackerbaulich genutzten Fläche überein.

Fazit: Genaue Wasseranalysen und vor allem die Analyse der Indikatorsubstanzen lassen heutzutage sehr exakte Zuordnungen der Ursachen von Gewässerverunreinigungen zu. Häufig, aber bei weitem nicht immer sind es Ackerbau und Viehhaltung, die für Nitrat- oder Pflanzenschutzmittelfunde im Wasser verantwortlich sind. Siedlungs- oder Gewerbeabwässer kommen ebenfalls als Verursacher infrage. Eine Untersuchung auf die wesentlichen Indikatorsubstanzen in kommerziellen Laboren kann derzeit noch bis zu 1.000 € kosten – bei steigender Nachfrage und immer schnellerer Analytik werden die Kosten künftig jedoch deutlich sinken. Sicher ist das zunächst einmal viel Geld, aber solche Beweisführungen können Betriebe entlasten und manchmal sogar dazu führen, dass deren Fortbestand gesichert ist, wie das Beispiel Hühnerhof illustriert.

Ein ausführlicher Beitrag von Prof. Tobias Licha ist in den DLG-Mitteilungen 10/2018 erschienen und kann bei der Geschäftsstelle bezogen werden, Tel. (038791) 80200 oder Mail textjung@gmx.de

Der Vortrag von Prof. Tobias Licha wurde auch deshalb mit so großem Interesse aufgenommen, weil inzwischen schon kein Unheil dieser Welt nicht mehr auf die Landwirtschaft zurückgeführt wird: ob Feinstaubtote, Grundwasservergiftung oder Insektensterben, stets sollen wir es gewesen sein. In diesem Klima einseitiger Schuldzuweisungen wachsen selbst bei kritischen Betrachtern die Zweifel. Auf das für Brandenburg angekündigte Volksbegehren jedenfalls sind wir gut vorbereitet.

Bauernbund: Schuldzuweisungen an die Landwirtschaft sind absurd

Pressemitteilung vom 18. Januar 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat die Behauptung des Max-Planck-Instituts für Chemie, die deutsche Landwirtschaft sei der Hauptverursacher von Feinstaubbelastungen, als "Grüne-Woche-Märchen des Jahres 2019" bezeichnet. In Zeiten steigender Lebenserwartung besonders absurd sei die durch das Institut vorgelegte Hochrechnung, aufgrund von Ammoniak-Emissionen aus der Tierhaltung würden in Deutschland rund 50.000 Menschen vorzeitig sterben, sagte Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Ackerbauer und Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz: "1990 hatten wir genausoviele Autos wie Schweine, nämlich 30 Millionen. Seitdem hat sich die Zahl der Schweine auf 26 Millionen verringert, die Zahl der Autos auf 46 Millionen erhöht. Aber wie immer ist die Landwirtschaft auch am Feinstaub schuld."

Durch permanente und pauschale Schuldzuweisungen werde ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem Bauern die Lust an ihrer Arbeit verlieren sollen: "Damit schaffen die vorgeblichen Kritiker der Agrarindustrie ideale Voraussetzungen für eine weitere Industrialisierung", bemängelt Gerloff: "Neunzig Prozent unserer Landwirtschaft sind bäuerliche Familienbetriebe, die solide und nachhaltig wirtschaften und die es satt haben, sich ständig rechtfertigen zu müssen."

Der Bauernbund bestreitet nicht, dass in der Max-Planck-Gesellschaft überwiegend seriöse Wissenschaftler arbeiten. Gerloff warnte jedoch davor, wissenschaftliche Studien nicht mit dem gesunden Menschenverstand zu überprüfen: "Zur Jahrtausendwende hat das Max-Planck-Institut für Biochemie noch BSE-Tests entwickelt, um die Menschheit vor dem Rinderwahn zu retten. Heute wissen wir, dass die wirklichen Wahnvorstellungen eher in den Forschungslabors zuhause waren."

Bauernbund fordert von Klöckner Konsequenz bei Düngeverordnung

Pressemitteilung vom 5. Februar 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat den Vorschlag von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner für eine Änderung der Düngeverordnung als "ersten Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet. Die Verschärfung der Düngeregeln sei in Gebieten gerechtfertigt, wo nachweisbar durch die Landwirtschaft verursachte Nitratbelastungen festgestellt wurden, sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze, der in Krielow im Havelland einen Ackerbau-Rindermast-Betrieb bewirtschaftet: "Nun müssen konsequenterweise in einem zweiten Schritt die mindestens neunzig Prozent unserer Betriebe, die in unbelasteten Gebieten nachhaltig wirtschaften, von überflüssigen Auflagen der aktuellen Düngeverordnung befreit werden."

Im Detail wünscht sich Hintze noch fachliche Nachbesserungen an Klöckners Vorschlag: "Der rechnerische Nährstoffbedarf von Nutzpflanzen kann nicht politisch abgesenkt werden, zielführend ist eher eine Obergrenze pro Düngergabe." Auch sieht der 47jährige Landwirt keine Notwendigkeit für einen schlagbezogenen Nachweis, hier sollten alle Schläge im Umfeld des Betriebssitzes als eine Einheit bewertet werden. Grundsätzlich aber begrüße er die regionale Ausdifferenzierung, die bereits in der EU-Nitratrichtlinie als Standardverfahren vorgegeben sei. Für die Düngeverordnung 2020 strebt der Bauernbund ein dreigliedriges System an, so Hintze: "Neue Düngeregeln nur für

belastete Gebiete. Die aktuellen Düngeregeln nur für Betriebe mit sehr hohem Tierbesatz (über 2 GV/ha) oder mit sehr großen Tierbeständen (über UVP-Grenze). Für alle anderen Betriebe sollten die Düngeregeln von 2006 wieder eingeführt werden." Die Düngeverordnung 2006 habe erfolgreich zum Gewässerschutz beigetragen, denn zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten hatten laut Nitratbericht der Bundesregierung alle Oberflächengewässer in Deutschland Trinkwasserqualität. "Was will man mehr?", fragt Hintze.



Bauernbund kritisiert: Bienen-Volksbegehren verbreitet "Horrorszenarien im Heidiland"

Pressemitteilung vom 13. Februar 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat den bayerischen Bauern seine Solidarität im Widerstand gegen das Volksbegehren "Rettet die Bienen" zugesichert und die bayerische Staatsregierung aufgefordert, den Initiatoren keinen Zentimeter entgegenzukommen. "Diese widerliche Bauern-Hetze wird bundesweite Auswirkungen haben und kann das Höfesterben dramatisch beschleunigen", warnt Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, der in Lennewitz in der Prignitz einen Hof mit Mutterkühen bewirtschaftet. "Dass ausgerechnet in einer durch viele bäuerliche Familienbetriebe sowie kleinteilige Wiesen und Felder geprägten Region mit hohem Tourismuswert solche Parolen geglaubt würden sei erschreckend, meint der 53jährige Landwirt und spricht von "Horrorszenarien im Heidiland".

Mit den im Volksbegehren geforderten Öko-Quoten, Flächenstillegungen und Bewirtschaftungseinschränkungen würden viele Bauern faktisch enteignet, ohne wirklichen Nutzen für Natur und Umwelt, kritisiert Jung: "Die seit Jahrzehnten gleichbleibend geringen Flächen, auf denen Insektizide zur Anwendung kommen, können nicht für einen Insektenschwund verantwortlich sein. Wir müssen an die Größenordnungen ran, die jedes Jahr zubetoniert werden für Siedlungs- und Straßenbau und an die Obst- und Gemüsegärten, die immer mehr in sterile Rasenflächen verwandelt werden." Dagegen allerdings ließen sich nicht so viele Wählerstimmen mobilisieren, mutmaßt der Bauernbund.

Glaubwürdigkeit sei überhaupt das Kernproblem des bayerischen Volksbegehrens, so Jung weiter: "Dass die Bienen aktuell weniger werden, liegt in erster Linie daran, dass immer weniger Menschen die harte Arbeit des Imkers ausüben wollen. Dabei kann dies eine wunderbare Freizeitbeschäftigung sein." Bereits beim Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg hatte der Bauernbund angeregt, jeder Unterzeichner solle selbst ein paar Hühner halten. Jung: "Wenn die Aktivisten selber aktiv würden, könnte man sich ernsthaft unterhalten über gute Landwirtschaft. Aber so lange sie uns nur vorschreiben wollen, was wir zu tun haben, ist dieser Dialog unglaublich schwierig."

Ralf Ehrenberg: Warum wir unsere Risiken besser selbst managen

Der Sommer 2018 war hart, auch für uns in Nordhessen. Das hat keinen Spaß gebracht und einen schweren wirtschaftlichen Schaden hinterlassen, keine Frage. Wer aber trotz Hitze und Trockenheit einen kühlen Kopf behalten hat, wird nüchtern feststellen: Mit solchen extremen Wetterlagen haben wir Bauern uns seit jeher auseinandersetzen müssen. Unsere Vorfahren haben schon Risikomanagement betrieben, als es das Wort noch überhaupt nicht gab. Deshalb halte ich nicht viel von der Dürrehilfe und deshalb kommen mir auch ganz große Zweifel, wenn die Politik uns heute mit "neuen Instrumenten des Risikomanagements" in unsere Betriebe hineinregieren will.

Fangen wir mit der unsäglichen Dürrehilfe von Julia Klöckner an, die auf einen Hilferuf des Deutschen Bauernverbandes zurückgeht. Ich erinnere mich da an eine Milliarde Euro, aus der nachher schlappe 340 Millionen geworden sind, für die wir jetzt auch noch dankbar sein sollen. Sicher, hätte man diesen Batzen Geld genommen und ihn mit der Gießkanne – eigentlich ein passendes Symbol für die Umstände – flächendeckend über alle Regionen verteilt, wo es signifikant weniger geregnet hat, etwa als Zulage zu den Direktzahlungen: keiner hätte sich beschwert. Aber das wäre wohl zu einfach gewesen. Und so wurde aus der Dürrehilfe ein einzelbetriebliches Antragsverfahren mit vorgeschalteter Schadensanalyse und Bedürftigkeitsprüfung, ein Bürokratiemonster und eine Wettbewerbsverzerrung ohnegleichen, vom Imageschaden ganz zu schweigen.

Bereits die Schadensanalyse war für den einzelnen Landwirt fast nicht zu leisten. An der Berechnung plausibler Schäden wie an dem ganzen Verfahren haben also zunächst einmal die Berater verdient. Völlig unerklärlich, warum man hier nicht auf die vorhandenen meteorologischen Daten zurückgegriffen hat – die sind zwar nicht so genau, aber auch nicht so manipulierbar wie einzelbetriebliche Produktionsergebnisse. Spätestens bei der Bedürftigkeitsprüfung wurde es dann richtig ungerecht, wie das folgende Beispiel veranschaulicht: Drei Ackerbaubetriebe haben 40 Prozent weniger geerntet als im langjährigen Durchschnitt. Der erste hatte wenige Vorkontrakte gemacht, konnte große Teile der Ernte einlagern und dann zu deutlich gestiegenen Preisen vermarkten. Für diesen war es ein normales Jahr. Der zweite hatte die Hälfte der erwarteten Ernte über Vorkontrakte abgesichert, konnte diese knapp erfüllen und musste den kleinen Rest ab Feld zu kaum gestiegenen Preisen verkaufen. Für diesen war es ein richtig schlechtes Jahr. Aber beide kriegen keine Dürrehilfe. Die kriegt nur der dritte Betrieb, denn nur dieser wurde durch die Missernte in seiner Existenz gefährdet, weil er nach waghalsigen Wachstumsschritten mit horrenden Verdrängungspachten und Rundumerneuerung des Maschinenparks die Zahlungsunfähigkeit fürchten muss.

Rund 9.000 Anträge sind eingegangen. Wir haben 270.000 Betriebe. Mehr als 2/3 von Deutschland waren massiv von der Dürre betroffen. Dann haben gerade mal 5 Prozent der von der Dürre betroffenen Betriebe einen Antrag gestellt. Obwohl alle unter derselben Sonne gewirtschaftet haben. Diese Dürrehilfe führt nicht nur zu einer Wettbewerbsverzerrung, sondern auch zu einer völligen Fehlleitung der Mittel: Nicht diejenigen, die sparsam und fleißig gewirtschaftet haben, bekamen das Geld, sondern diejenigen, die aufgrund ihrer Wirtschaftsweise das höchste Risiko eingegangen sind, werden mal wieder vom Staat gerettet. Oder diejenigen, die sich die Zahlen entsprechend hinmanipulieren können, was im Einzelfall niemandem übelzunehmen ist – aber das ist doch keine seriöse Agrarpolitik! Und wir alle, die wir leer ausgegangen sind, müssen uns auf dem Feuerwehrball dumm von der Seite anquatschen lassen: Gib einen aus, Ihr Bauern kriegt es doch mal wieder vom Staat ...

Deshalb möchte ich um Gottes Willen weder nochmal so eine Dürre erleben noch so eine Dürrehilfe, die unserem Berufsstand schwer geschadet hat. Mindestens genau so unsinnig sind allerdings die Alternativen, die gerade im politischen Raum diskutiert werden, von der steuerlichen Gewinnglättung über die staatlich bezuschusste Mehrgefahrenversicherung bis hin zur steuerfreien Risikoausgleichsrücklage.

Ein Gutachten der Agrarprofessoren Hirschhauer und Mußhoff zu neuen Instrumenten des Risikomanagements, das Anfang 2019 im Agrarausschuss des Bundestages diskutiert wurde, kommt zu folgenden Ergebnissen: Die bereits angesichts der Milchkrise 2017 beschlossene steuerliche Gewinnglättung ist hochbürokratisch und weitgehend wirkungslos. Bei der staatlich bezuschussten Mehrgefahrenversicherung bedienen sich zuerst die Versicherungen – das führt zu realen Verlusten für die Landwirtschaft, zumal wenn die Zuschüsse von den Direktzahlungen abgezogen werden. Präferiert wird daher die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage. Bis hierhin kann ich den Professoren noch folgen.

Für die Ausgestaltung schlagen Hirschhauer und Mußhoff jedoch vor, dass die Rücklage zwangsweise aus den Direktzahlungen gespeist werden soll, und zwar bei Überschreitung eines durchschnittlichen Einkommensniveaus. Entnahmen werden bei Unterschreitung erforderlich, wiederum mit Sanktionen bewehrt. Weil der Staat besser mit Geld umgehen kann als wir? Noch absurder wird der Vorschlag durch die unbürokratische Verbindung mit einzelbetrieblichen Liquiditätshilfen in extremen Schadensjahren, die als zinslosen Darlehen der Rücklage zugeführt werden. Offenbar soll es also – auch mit steuerfreier Risikoausgleichsrücklage – weiterhin so einen groben Unfug wie die Dürrehilfe geben. Was ist an diesem Modell dann bitte alternativ?

Wenn eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage Sinn machen soll, müssen wir frei entscheiden können, was wir reintun und rausnehmen und wann. Und selbst dann stellt sich die Frage, ob nicht auch das wiederum eine Wettbewerbsverzerrung ist, nämlich zugunsten derjenigen Landwirte, die viele Steuern zahlen. Am Ende sind alle diese mehr oder minder komplizierten Modelle nichts anderes als Einschränkungen unserer unternehmerischen Selbstverantwortung. Vielleicht sollte man sich nochmal vergegenwärtigen, dass die Direktzahlungen nicht nur ein soziales und ökologisches Gefälle zum Weltmarkt ausgleichen, sondern auch bereits gegen Witterungsschwankungen und Marktschwankungen absichern. Wenn die Politik uns unbedingt etwas Gutes tun will, weil sie der Meinung ist, dass durch Klimawandel und Globalisierung unsere Risiken größer werden, warum gibt es nicht einfach auf die Direktzahlungen einen Schlag drauf? Oder wenigstens keinen Abschlag wie geplant? Und wir können als freie Bauern unsere Risiken selbst managen.

Vorsorge treffen die meisten von uns nämlich auch heute schon: Indem wir uns innerlandwirtschaftlich breit aufstellen und Risiken verteilen. Indem wir uns außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen erschließen und damit Risiken abfedern. Indem wir in guten Jahren vorrangig investieren in Stabilität – Schulden tilgen, Land kaufen, Gebäude und Maschinen auf einen guten Stand bringen. Indem wir vorsichtig investieren, wenn es um Wachstum geht – nur nicht die hohe Eigenkapitalbasis gefährden. Kurzum, indem wir das machen, was Bauern seit jeher machen: Wirtschaften.



*Ralf Ehrenberg
bewirtschaftet 230
Hektar Acker mit
Weizen, Gerste,
Hafer, Dinkel, Raps
und Zuckerrüben in
Ziegenhagen in
Hessen*

Die Auseinandersetzung um die Ausbreitung der Wölfe geht untermessen mit unverminderter Härte weiter. Mit Medienberichten in den Tageszeitungen, im RBB-Fernsehen und auf RTL haben wir in den vergangenen drei Monaten erneut auf die wachsende Bedrohung der Weidetierhaltung aufmerksam gemacht. Die Einweihung des Wolfsdokumentationszentrums im Wildpark Schorfheide konnten wir als "Wolfspropagandazentrum" brandmarken und als am 21. Januar ein holländischer Jäger im Fläming einen Wolf erschoss, haben wir ihn sofort unterstützt: "Er hat absolut korrekt gehandelt. Gleich ob Jagdhund oder Zuchtkalb – es ist das Recht jedes Tierhalters, besonders wertvolle Tiere in Notwehr gegen angreifende Wölfe zu verteidigen. Der Jäger hat unsere volle Solidarität. Wir fordern die Landesregierung auf, 2019 mindestens den Populationszuwachs von rund 100 Stück zum Abschluss freizugeben, damit die Wölfe wieder lernen, dass sie in der Nähe von Menschen und von Viehweiden nichts zu suchen haben." Mehr als 50 Städte und Gemeinden haben sich inzwischen auf unserer Initiative hin zu Wolfsfreien Zonen erklärt, der Druck auf die Landesregierung steigt ...

Bauernbund: Immer mehr "wolfsfreie Zonen" in Brandenburg

Pressemitteilung vom 11. Januar 2019

43 brandenburgische Städte und Gemeinden haben sich plakativ zur wolfsfreien Zone erklärt, seit der Bauernbund Brandenburg die Initiative im August letzten Jahres gestartet hat. Bei weiteren 14 Kommunen steht der Antrag derzeit auf der Tagesordnung. "Es gibt eine riesige Unterstützung für unser Anliegen im ländlichen Raum. Wir haben sehr viele einstimmige Beschlüsse, quer durch alle Parteien", sagte der Bauernbund-Wolfsbeauftragte Frank Michelchen, Ökolandwirt aus Leibsch im Spreewald, der bereits drei Kälber durch den Wolf verloren hat: "Die Menschen wollen auch in Zukunft ohne Angst auf dem Lande leben und erklären sich solidarisch mit uns Weidetierhaltern. Es wird Zeit, dass Potsdam dieses Signal ernst nimmt und aufhört, vor den Naturschutzkonzernen zu kuschen."



Während die Landesregierung noch immer an einer Fortschreibung des bereits 2017 ausgelaufenen Wolfsmanagementplanes arbeitet, fordern die Städte und Gemeinden, ihr Gebiet darin als nicht für eine Besiedlung durch den Wolf geeignete Zone auszuweisen und die weitere Ausbreitung des Raubtieres durch Abschüsse zu bremsen. Örtliche Jäger und betroffene Tierhalter sollen das Recht erhalten, "an Viehweiden angreifende Wölfe zu töten", verlangen unter anderem die Kleinstädte Lenzen, Bad Wilsnack, Kyritz, Gransee, Werder (Havel), Ziesar, Niemeck, Schlieben, Ortrand und Calau. Alle Kommunen, die den Beschluss gefasst haben, sind unter dem Menüpunkt Kommunal auf einer Karte auf der vom Bauernbund betriebenen Seite www.wolfsfreiezone.de einzusehen.

Als "bewusste Irreführung" bezeichnete Michelchen die von der linken Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann aufgestellte Behauptung, kommunale Beschlüsse zu wolfsfreien Zonen seien rechtlich unzulässig: "Dass die Städte und Gemeinden in dieser Frage nichts entscheiden können, haben wir nie bestritten. Aber wie soll sich die Landbevölkerung denn artikulieren, wenn nicht über wohl begründete Forderungen ihrer Gebietskörperschaften? So funktioniert Demokratie!" Wäre eine solche Meinungsäußerung unzulässig, hätte die Kommunalaufsicht die Beschlüsse längst kassiert. Der Bauernbund ruft daher alle Städte und Gemeinden auf, sich der Initiative anzuschließen und damit im Landtagswahljahr Druck auf die Landesregierung auszuüben. Michelchen: "Überall, wo Menschen und Weidetiere sind, müssen Wölfe konsequent gejagt werden, dafür brauchen wir so schnell wie möglich Rechtssicherheit."

Entspricht den Vorgaben der Düngemittelverordnung!

PLOCHER®

... aus Gülle wird Flüssighumus = Blattdünger

- Blattdünger mit fungizider Wirkung
- Stabilisierter Stickstoff



plocher flüssighumus

Einfacher geht's nicht!



Aerobe Aufarbeitung von Rindergülle - zu Flüssighumus bereits im Stall!



NH₃: min. 2 ppm
max. 9 ppm
Kein Aufrühren nötig!



NH₃: min. 7 ppm
max. 19 ppm
2 x pro Woche muss die Gülle gerührt werden.
Spitzenwert beim Aufrühren:
NH₃: 37 ppm!

Vergleich der Ammoniakwerte (NH₃):

Die Messungen wurden direkt über den Spalten an 10 Stellen im gesamten Stall durchgeführt. Das Messgerät wurde für Tierärzte, landwirtschaftliche Behörden und Firmen entwickelt.

Güllezusatz für alle Tierarten auf Basis von Melasse oder Calciumcarbonat

Aerobe Aufbereitung (Rotte) von Gülle und Jauche zu wertvollem Flüssighumus

- schneller Humusaufbau
- keine Gülleflora
- Grundwasser wird geschützt
- freie Fließkanäle, wenig Fliegen
- gute Stallhygiene
- stinkt nicht
- Tierwohl

€5,-
Kosten
GVE/Jahr



Bauernbund: Schulzes Vorschlag zum Wolf ist Täuschungsmanöver

Pressemitteilung vom 3. März 2019

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat die Ankündigung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum erleichterten Wolfsabschuss als "billiges Täuschungsmanöver" zurückgewiesen. Eine vergleichbare Regelung gelte seit einem Jahr in Brandenburg, ohne dass bisher einem Wolf ein Haar gekrümmt worden sei, bemängelte Bauernbund-Vorstand Frank Michelchen, Biobauer aus Leibsch im Spreewald, und erneuerte die Forderung seines Verbandes nach Ausweisung von wolfsfreien Zonen zum Schutz der Weidetierhaltung.

„Der Vorschlag der Ministerin heißt doch im Klartext, wir Bauern müssen erstmal teure Zäune bauen, von denen inzwischen sogar Frau Schulze weiß, dass sie nichts taugen“, kritisiert der 53jährige Landwirt: "Und dann müssen wir hilflos zuschauen, wie die Wölfe mehrfach unsere Schafe, Kälber oder Fohlen reißen und bei lebendigem Leib auffressen. Erst danach dürfen wir einen Antrag auf Abschuss stellen, der von den Naturschutzbehörden vielleicht genehmigt, von den Naturschutzverbänden mit Sicherheit beklagt und im Ergebnis niemals umgesetzt wird."

Statt der betroffenen Landbevölkerung weiterhin Sand in die Augen zu streuen, sollte Schulze das tun, was ihre Aufgabe als Bundesumweltministerin ist, wünscht sich Michelchen: "Nachdem wir deutlich mehr als 14.000 Wölfe in Europa haben, ist es höchste Zeit, den strengen Schutzstatus aufzuheben, damit das Raubtier durch Jagd reguliert werden kann." Mit der Ausbreitung der Wölfe gefährden naturferne Ideologen den Fortbestand unzähliger wertvoller Biotope mit seltenen Pflanzen, Insekten und Vögeln, die auf Weidetierhaltung angewiesen sind, warnt der Bauernbund.

Bauernbund will privaten Naturschutz ohne Bevormundung

Pressemitteilung vom 12. März 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat in der Diskussion um mehr Artenvielfalt die Einführung eines privaten Naturschutzes vorgeschlagen. "Wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen dafür, dass jeder Flächeneigentümer aus privater Initiative Biotope anlegen, Bäume pflanzen oder Dauergrünland schaffen darf, ohne dass diese dem Verschlechterungsverbot des Naturschutzrechts unterliegen", sagte Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land: "Damit könnten wir die Lebensräume bedrohter Arten vervielfachen, und zwar ohne aufwändige staatliche Programme."

Bislang müsse er für Baumfällungen ab einem Stammumfang von 60 Zentimetern eine Genehmigung bei der unteren Naturschutzbehörde beantragen, bemängelt Kiesel, der auf seinem Hof trotzdem zahlreiche Bäume und Hecken gepflanzt hat: "Da überlegt sich manch einer schon, ob er einen Baum so groß werden lässt." Auch die Anlage von artenreichem Dauergrünland etwa auf hofnahen Ackerflächen werde vielfach unterlassen, weil die Fläche nach fünf Jahren nicht mehr umgebrochen werden dürfe. "Der Naturschutz steht sich selbst im Weg" kritisiert Kiesel die gängige Praxis von Vorschriften und Verboten, die Landwirte derzeit noch von freiwilligen Maßnahmen zugunsten der Artenvielfalt abschrecken.

Konkret hält der Bauernbund eine Änderung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes für notwendig, nach der Flächeneigentümer zusätzliche Privatbiotope, Privatbäume sowie Privatgrünland anzeigen können und damit automatisch von dem Reglement des gesetzlichen Naturschutzes befreit sind. "Die Masse der Maßnahmen wird Bestand haben", ist sich Kiesel sicher: "Ich pflanze eine Hecke doch nicht, um sie bald wieder zu roden." Den Bauern gehe es hierbei auch nicht darum, bestehenden Naturschutz in Frage zu stellen, so der 48jährige Landwirt: "Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Biotope in unserer Agrarlandschaft, aber bitte ohne staatliche Bevormundung."



EUROPAS GRÖSSTE LANDWIRTSCHAFTLICHE SOLIDARGEMEINSCHAFT



VEREINIGTE HAGEL

MIT DER NR. 1 AUF NUMMER SICHER GEHEN

Viele Landwirte haben ihre Bestände bereits gegen Hagel, Sturm und Starkregen versichert. Gehen auch Sie mit der Nr. 1 auf Nummer sicher. Die VEREINIGTE HAGEL ist mit über 100.000 Mitgliedern die größte Solidargemeinschaft Europas. Mit Secufarm® versichern Sie Ihre Bestände betriebsindividuell, fruchtartenindividuell und gefahrenindividuell. NEU: mit Secufarm Garant® bleibt Ihr Beitrag auch nach einem Schaden stabil. Mehr dazu auf www.vereinigte-hagel.de.

Vereinigte Hagelversicherung VVaG
Bezirksdirektion Berlin • Flämingstraße 3-4 • 15738 Zeuthen
Tel. 033762 792-0 • Fax 033762 792-99 • E-Mail bd-b@vereinigte-hagel.de

Organisch für Fortgeschrittene.



PIADIN®

Der Gülleveredler



Wofür brauche ich pinke Gummistiefel?
Jetzt ansehen!
www.piadin.de

skw.
PIESTERITZ

EIN UNTERNEHMEN DER AGROFERT GROUP